

Sitzung vom Salzburger Landtag am 5. November 2025 in einfacher Sprache

Am Mittwoch, 5. November 2025, trifft sich der Salzburger Landtag zur Landtagssitzung. Die Sitzung beginnt um 9:00 Uhr. Die Sitzung kann man sich im Internet anschauen.

Der Landtag in Salzburg übersetzt seine Sitzungen in Gebärden-Sprache. Alle unterstrichenen Wörter werden im Wörterbuch erklärt.

Hier ist eine Vorschau auf die Tagesordnung:

Dringliche Anträge

Bei jeder Landtagssitzung werden zuerst die dringlichen Anträge besprochen. Bei den dringlichen Anträgen wird am Vormittag besprochen: Ist der Antrag wirklich dringend? Jede Partei darf sagen, warum sie den Antrag so wichtig findet.

Bei jedem Antrag gibt es eine Abstimmung über die Dringlichkeit. Wenn die Mehrheit für die Dringlichkeit stimmt, ist der Antrag am Nachmittag bei den Ausschuss-Beratungen.

Diesen Mittwoch gibt es 3 dringliche Anträge:

- Antrag der SPÖ: Keine Kürzungen im Gesundheits- und Pflege-Bereich
- Antrag der KPÖ PLUS: Nur Ja heißt Ja
- Antrag der GRÜNEN: Pflege 2026



Keine Kürzungen im Gesundheits- und Pflege-Bereich (Antrag der SPÖ)

Die SPÖ sagt:

Im Gesundheits- und Pflege-Bereich gibt es große Probleme.

Die Landesregierung will beim Geld für Pflegekräfte sparen.

Der Pflege-Bonus soll wegfallen.

Der Pflege-Bonus ist extra Geld für Menschen,

die in der Pflege arbeiten.

Viele Beschäftigte verdienen dann weniger.

Ein zugesagtes Gehaltspaket für die SALK soll NICHT kommen.

Die SPÖ fordert:

Es soll NICHT weniger Gehalt geben.

Der Pflege-Bonus soll weitergezahlt werden.

Das Gehalts-Paket für die SALK soll eingehalten werden.

Die Wartezeiten in den Kliniken sollen kürzer werden.

Es soll KEINE Kürzungen bei den Angeboten für die Gesundheit geben.

Nur Ja heißt Ja (Antrag der KPÖ PLUS)

Nur Ja heißt Ja bedeutet:

Sex ist nur erlaubt,

wenn alle klar zustimmen.

Nur Ja zählt.

Die KPÖ PLUS sagt:

Das soll im Gesetz klar stehen.

Der Landtag soll sagen:

Wir wollen im Strafrecht: Nur Ja heißt Ja.

Das Gesetz soll geändert werden.

Außerdem:

In Salzburg soll es sofort eine Gewalt-Ambulanz geben.

In Gewalt-Ambulanzen werden Spuren gut gesichert.

Die Betroffenen bekommen Hilfe.



Außerdem:

In Schulen und Kursen soll es mehr Aufklärung geben. Kinder und Erwachsene sollen lernen, was Zustimmung bedeutet. Sie sollen lernen, wie man Grenzen respektiert.

Pflege 2026 (Antrag der GRÜNEN)

Die GRÜNEN sagen:

In Zukunft brauchen mehr Menschen Pflege. Familien können immer weniger selbst pflegen. Darum braucht es mehr Angebote und genug Personal.

Viele Pflege-Plätze fehlen.

Einige Hilfs-Angebote wurden beendet. Senioren-Wohnhäuser haben zu wenig Geld.

Die Pflege-Tarife sind niedriger als in anderen Bundesländern.

Die Landesregierung plant:

Ab 2026 soll der Pflege-Bonus gestrichen werden.

Der Pflege-Bonus ist extra Geld für Menschen,

die in der Pflege arbeiten.

Viele Beschäftigte verdienen dann weniger.

Die GRÜNEN fordern:

Der Pflege-Bonus soll bleiben.

Der Bund soll den Bonus fix in das Gesetz schreiben.

Das Geld soll nur dafür verwendet werden.

Die Tarife für Senioren-Wohnhäuser sollen angepasst werden.

Die Senioren-Wohnhäuser sollen besser planen können.

Es soll einen Runden Tisch mit allen Einrichtungen geben.

Sie sollen Lösungen finden.

Es soll eine Taskforce Pflege geben.

Eine Taskforce ist eine besondere Arbeitsgruppe.

Die Taskforce soll einen Plan machen.



Aktuelle Stunde:

Das Thema für die Aktuelle Stunde hat die SPÖ vorgeschlagen. Es geht um Einsparungen im Pflege-Bereich.

Das Thema heißt: Stopp dem Pflegeraub! Schwarz-Blaue Landesregierung kürzt bei den Falschen!

Mündliche Anfragen:

Bei den Mündlichen Anfragen antworten die Mitglieder von der Regierung auf die Fragen von den Abgeordneten vom Landtag.

Diesen Mittwoch gibt es **9 Mündliche Anfragen**. Insgesamt gibt es für die Fragestunde eine Stunde Zeit.

- Klubobfrau Berthold an Landeshauptfrau Edtstadler: Budget-Kürzungen 2026
- 2. Abg. Wallner an Landeshauptfrau-Stellvertreter Schnöll: Erfahrungen mit dem Guest-Mobility-Ticket
- 3. Klubvorsitzender Maurer an Landeshauptfrau Edtstadler: Hallenbad im Flachgau
- Klubobfrau Hangöbl an Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek:
 Beruf und Familie.
 Kürzungen bei der Kinder-Betreuung und Folgen für den Arbeitsmarkt
- 5. Abg. Humer-Vogl an Landesrat Fürweger: Community Nursing in Salzburg
- 6. Abg. Dollinger an Landesrätin Gutschi: Gewalt-Ambulanz in Salzburg
- 7. Abg. Walter an Landesrat Fürweger: Personal für die Kinder- und Jugendhilfe



- 8. Abg. Heilig-Hofbauer an Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek: Mittel für die Kinder-Betreuung in Salzburg
- Abg. Thöny an Landesrat Fürweger:
 Pflegende Angehörige im Bundesland Salzburg

Dringliche Anfragen:

Diesen Mittwoch gibt es 3 dringliche Anfragen:

- 1. Dringliche Anfrage der SPÖ an Landesrätin Gutschi: Kürzungen im Gesundheits-Bereich
- 2. Dringliche Anfrage der KPÖ PLUS an Landesrat Zauner: Housing First
- 3. Dringliche Anfrage der GRÜNEN an Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek: Klimaschutz

Kürzungen im Gesundheits-Bereich (Dringliche Anfrage der SPÖ)

Die SPÖ fragt Landesrätin Gutschi. Es geht um geplante Kürzungen im Gesundheits-Bereich. Es sollen 60 Millionen Euro gespart werden.

Die SPÖ möchte wissen:

- Warum sollen 60 Millionen Euro gespart werden?
- Warum ist das Gehaltspaket für die SALK verschoben worden?
- Wie passen Einsparungen zu den Plänen, dass es 1.000 neue Stellen geben soll?
- Wieso sagen Sie, dass das Pflegepersonal im Spital gut verdient?
- Wie kann die Qualität der Versorgung gut bleiben?
 Was wird unternommen,
 damit die Zufriedenheit des Personals gesichert ist?



Housing First (Dringliche Anfrage der KPÖ PLUS)

Die KPÖ fragt Landesrat Zauner zu Housing First.

Housing First bedeutet:

Obdachlose Menschen bekommen zuerst eine eigene Wohnung.

Dann bekommen sie Unterstützung.

Zum Beispiel von Sozialarbeitern .

Die KPÖ PLUS sagt:

In Salzburg zeigt eine Studie:

Housing First hilft gut.

Es spart auch Geld im Gesundheits-System.

Die KPÖ PLUS möchte wissen:

- Warum ist Housing First NICHT in das neue Wohnbauförderungs-Gesetz aufgenommen worden?
- Wann ändert das Land das Gesetz, damit es mehr Wohnungen für Housing First gibt?
- Wie arbeiten Wohn-Politik und Sozial-Politik im Land zusammen?
- Wann werden bestimmte Regelungen zurückgenommen?
 Zum Beispiel die Regelung zu Sprach-Zertifikaten?

Klimaschutz (Dringliche Anfrage der GRÜNEN)

Die GRÜNEN fragen Landeshauptfrau-Stellvertreterin Svazek: Macht das Land genug für den Klimaschutz?

Die GRÜNEN wollen wissen:

- Welche neuen Maßnahmen es gibt?
- Das Klimakabinett hat sich seit 2023 nicht mehr getroffen. Wie kommt es zu Entscheidungen?
- Wann gibt es neuen Plan zur Anpassung an die Klima-Folgen?
- Welche Klima-Projekte wurden 2024 gestrichen oder gekürzt?



Ausschuss-Beratungen

Am Nachmittag gibt es wie immer Ausschuss-Beratungen. Es gibt 10 Punkte auf der Tagesordnung. Zuerst werden die Anträge für Gesetze und dann die Dringlichen Anträge besprochen.

Am Vormittag gibt es bei jedem Dringlichen Antrag eine Abstimmung. Ist der Antrag wirklich dringlich? Wenn die Mehrheit für die Dringlichkeit stimmt, ist der Antrag am Nachmittag bei den Ausschuss-Beratungen.

TOP 1 (14:00 Uhr) Wohnbauförderungs-Gesetz

Die Vorlage der Landesregierung wird im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Das Wohnbauförderungs-Gesetz soll geändert werden. Es geht um Regelungen zu bestimmten Daten. Zum Beispiel: Informationen zum Einkommen oder zur Sozialversicherung.

Die Daten helfen, dass wichtige Informationen überprüft werden können. Das ist wichtig, damit man weiß, ob jemand eine Förderung bekommen kann. Die Behörde darf Daten von verschiedenen Stellen abfragen.

Außerdem gibt es kleine Änderungen bei der Berechnung des Einkommens und bei alten Förderungen.

TOP 2 (14:15 Uhr): Salzburger Raumordnungs-Gesetz

Der Antrag der FPÖ wird im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:



Der Dichte-Bonus soll überall gelten. Auf für Projekte mit mehr als 9 Wohnungen.

Dichte-Bonus bedeutet:

Es soll weniger Fläche verbraucht werden. Auf einer Fläche soll mehr gebaut werden.

TOP 3 (14:30 Uhr):

Tarif-Anpassungen im Sozial-Bereich

Der Antrag der FPÖ wird im Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Das Land Salzburg hat wenig Geld.

Darum sollen die Tarife im Sozial-Bereich 2026 nur wenig steigen.

Die Landesregierung darf Löhne höchstens um 1,65 % erhöhen. Die Landesregierung darf Sach-Kosten höchstens um 3,3 % erhöhen.

Diese Regel gilt nur für das Jahr 2026. Ab 2027 gelten wieder die normalen Regeln.

TOP 4 (15:00 Uhr):

Mittelübertragungen und Mittelaufstockungen des Haushaltsvollzuges 2025

Die Vorlage der Landesregierung wird im <u>Finanz-Überwachungsausschuss</u> diskutiert:

Die Landesregierung will Geld im Budget 2025 verschieben und aufstocken. Dafür braucht sie die Zustimmung des Landtags.

Mehr Geld wird gebraucht für Personal, Kinder-Betreuung und Wohnbauförderung.

Warum?

Für das Gehalt von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.



Für mehr Kinder-Betreuungs-Gruppen. Für die Anträge bei der Wohnbauförderung. Es gibt mehr Anträge besonders für Sanierungen.

TOP 5 (15:30 Uhr): Krankenhaus Oberndorf

Die Vorlage der Landesregierung wird im <u>Finanz-Überwachungsausschuss</u> diskutiert:

Die Landesregierung will das Krankenhaus in Oberndorf finanziell absichern.

Dafür soll das Land eine Garantie für einen Bankkredit geben. Der Landtag muss dieser Garantie zustimmen.

Warum?

Der private Partner VAMED steigt mit Ende 2025 aus. Das Land wird das Krankenhaus übernehmen.

Der Betrieb geht ohne Unterbrechung weiter.

TOP 6 (16:00 Uhr): Verkauf von Grundstücken

Die Vorlage der Landesregierung wird im Finanz-Ausschuss diskutiert:

Das Land Salzburg will zwei Grundstücke verkaufen.

Eines in Werfen und eines in Mittersill.

Auf den Flächen sollen günstige Miet-Wohnungen gebaut werden.

Die Bauvorhaben müssen innerhalb von 3 Jahren starten.

Die Gemeinden unterstützen das Projekt.

Der Landtag muss dem Verkauf zustimmen.



TOP 7 (16:30 Uhr):

Keine Kürzungen im Gesundheits- und Pflege-Bereich

Der Antrag der SPÖ wird im

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit diskutiert:

Die SPÖ sagt:

Im Gesundheits- und Pflege-Bereich gibt es große Probleme.

Die Landesregierung will beim Geld für Pflegekräfte sparen.

Der Pflege-Bonus soll wegfallen.

Der Pflege-Bonus ist extra Geld für Menschen,

die in der Pflege arbeiten.

Viele Beschäftigte verdienen dann weniger.

Ein zugesagtes Gehaltspaket für die SALK soll NICHT kommen.

Die SPÖ fordert:

Es soll NICHT weniger Gehalt geben.

Der Pflege-Bonus soll weitergezahlt werden.

Das Gehalts-Paket für die SALK soll eingehalten werden.

Die Wartezeiten in den Kliniken sollen kürzer werden.

Es soll KEINE Kürzungen bei den Angeboten für die Gesundheit geben.

TOP 8 (17:00 Uhr):

Pflege 2026

Der Antrag der GRÜNEN wird im

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit diskutiert:

Die GRÜNEN sagen:

In Zukunft brauchen mehr Menschen Pflege.

Familien können immer weniger selbst pflegen.

Darum braucht es mehr Angebote und genug Personal.

Viele Pflege-Plätze fehlen.

Einige Hilfs-Angebote wurden beendet.

Senioren-Wohnhäuser haben zu wenig Geld.

Die Pflege-Tarife sind niedriger als in anderen Bundesländern.



Die Landesregierung plant:

Ab 2026 soll der Pflege-Bonus gestrichen werden.

Der Pflege-Bonus ist extra Geld für Menschen,

die in der Pflege arbeiten.

Viele Beschäftigte verdienen dann weniger.

Die GRÜNEN fordern:

Der Pflege-Bonus soll bleiben.

Der Bund soll den Bonus fix in das Gesetz schreiben.

Das Geld soll nur dafür verwendet werden.

Die Tarife für Senioren-Wohnhäuser sollen angepasst werden.

Die Senioren-Wohnhäuser sollen besser planen können.

Es soll einen Runden Tisch mit allen Einrichtungen geben.

Sie sollen Lösungen finden.

Es soll eine Taskforce Pflege geben.

Eine Taskforce ist eine besondere Arbeitsgruppe.

Die Taskforce soll einen Plan machen.

TOP 9 (17:30 Uhr):

Nur Ja heißt Ja

Der Antrag der KPÖ PLUS wird im

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss diskutiert:

Nur Ja heißt Ja bedeutet:

Sex ist nur erlaubt.

wenn alle klar zustimmen.

Nur Ja zählt.

Die KPÖ PLUS sagt:

Das soll im Gesetz klar stehen.

Der Landtag soll sagen:

Wir wollen im Strafrecht: Nur Ja heißt Ja.

Das Gesetz soll geändert werden.

Außerdem:

In Salzburg soll es sofort eine Gewalt-Ambulanz geben.



In Gewalt-Ambulanzen werden Spuren gut gesichert. Die Betroffenen bekommen Hilfe.

Außerdem:

In Schulen und Kursen soll es mehr Aufklärung geben. Kinder und Erwachsene sollen lernen, was Zustimmung bedeutet. Sie sollen lernen, wie man Grenzen respektiert.

TOP 10 (17:30 Uhr): Nur Ja heißt Ja

Der Antrag der GRÜNEN wird im Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit diskutiert:

Die GRÜNEN fordern:

Der Landtag soll "Nur JA heißt JA" unterstützen. Das Gesetz soll geändert werden. Es soll Infos und Aufklärung dazu geben. Zum Beispiel für Jugendliche und Männer. Die Landesregierung soll dem Landtag berichten.

Abschluss-Plenum:

Jede Sitzung vom Landtag endet damit, dass sich alle Abgeordneten und die Mitglieder der Regierung noch einmal im Saal treffen.

Dort werden alle Beschlüsse vom Ausschuss seit der letzten Sitzung vom Landtag noch einmal von allen abgestimmt.



Wörterbuch:

Das Projekt Community Nurses ist ein Unterstützungs-Angebot in der Gemeinde.

Community Nursing

Das Projekt Community Nurses ist ein Unterstützungs-Angebot in der Gemeinde.

Community Nurses sind spezielle Pflege-Kräfte. Sie beraten und unterstützen Personen, die Pflege brauchen. Sie beraten und entlasten Angehörige. Sie helfen mit, dass alte Personen lange zu Hause leben können.

Guest-Mobility-Ticket

Ein Guest-Mobility-Ticket ist eine Fahrkarte für Urlaubsgäste in Salzburg. Sie bekommen damit einen günstigen Zugang zu Bus und Bahn. Das soll Autos ersetzen und Staus und den Verkehr im Land Salzburg verringern.

Gewalt-Ambulanzen:

Gewalt-Ambulanzen sind besondere Orte, wo Menschen, die Gewalt erlebt haben, Hilfe bekommen.

In den Ambulanzen arbeitet Personal, das speziell ausgebildet ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen, wie man mit den Opfern umgeht. Sie wissen, wie man Verletzungen richtig aufschreibt.



Wörter, die in jeder Vorschau auf die Landtagssitzung vorkommen:

Dringlicher Antrag

Am Vormittag gibt es bei jedem Dringlichen Antrag eine Abstimmung. Ist der Antrag wirklich dringlich?

Der Antrag ist am Nachmittag bei den Ausschuss-Beratungen, wenn die Mehrheit für die Dringlichkeit stimmt.

Landesregierung:

Der Landtag wählt die Landesregierung. Die Landesregierung besteht aus 7 Personen. Jede Person in der Regierung ist für eine bestimmte Sache zuständig.

Landtagsabgeordnete:

Der Salzburger Landtag besteht aus 36 Politikerinnen und Politikern. Diese Politiker und Politikerinnen heißen Landtagsabgeordnete. Die Salzburgerinnen und Salzburger wählen bei der Landtagswahl die Landtagsabgeordneten. Die Abgeordneten stimmen über neue Gesetze ab.

Landtagsfraktion, Landtagsklub:

Eine Partei im Landtag nennt man auch Landtagsfraktion oder Landtagsklub. Ein Landtagsklub hat 3 oder mehr Abgeordnete.

Landtagssitzung:

Bei einer Sitzung vom Landtag treffen sich die Abgeordneten. Das Treffen heißt Landtagssitzung. Die Abgeordneten vom Landtag



und die Mitglieder der Regierung besprechen bei der Sitzung wichtige Themen.

Wörter, die in jeder Ausschuss-Sitzung vorkommen:

TOP:

TOP ist die Abkürzung für Tagesordnungspunkt. Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen. Jeder Tagesordnungspunkt ist ein eigenes Thema.

Tagesordnungspunkt:

Die Tagesordnung ist eine Liste von Themen.

Jede Sitzung ist in Tagesordnungspunkte eingeteilt.

Jeder Tagesordnungspunkt bekommt ein eigenes Thema.

Dieses Thema wird dann in dem jeweiligen Tagesordnungspunkt diskutiert.

Ausschuss:

Die Abgeordneten arbeiten in Ausschüssen. Ein Ausschuss ist eine Gruppe von Fachleuten. Die Ausschüsse gibt es zu verschiedenen Themen. Zum Beispiel: zum Thema Soziales oder zum Thema Geld und Finanzen.

In einem Landtagsausschuss wird alles genau besprochen.
Die Abgeordneten laden oft Fachleute in einen Ausschuss ein.
Die Fachleute kennen sich bei bestimmten Themen gut aus.
Die Abgeordneten beraten sich mit den Fachleuten.
Die Fachleute können mit ihrem Wissen den Abgeordneten helfen.

Im Ausschuss sind weniger Abgeordnete als im Plenum. Beim Plenum treffen sich alle Abgeordneten.



FPÖ:
FPÖ ist die Abkürzung für Freiheitliche Partei Österreichs.
GRÜNE:
Die Grünen
KPÖ PLUS:
KPÖ ist die Abkürzung für Kommunistische Partei Österreichs. Plus heißt mehr.
ÖVP:
ÖVP ist die Abkürzung für Österreichische Volkspartei.
SPÖ: ·
SPÖ ist die Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Österreichs.
Die Ausschüsse:
Ausschuss für Bildung, Sport und Kultur:
Hier werden Themen besprochen,

die mit Bildung, Schule, Sport oder Kultur zu tun haben.

Die Parteien:



Ausschuss für Europa, Integration und Regionale Außenpolitik:

Hier geht es um Themen, die mit der Zusammenarbeit von Österreich und anderen Ländern in der EU zu tun haben.

Ausschuss für Infrastruktur, Digitalisierung und Mobilität

Hier geht es um Planungen und den technischen Ausbau. Zum Beispiel: Planungen für den Öffentlichen Verkehr oder für neue Straßen oder für das Internet.

Ausschuss für Soziales, Gesellschaft und Gesundheit:

Hier wird über soziale Themen und Gesundheit gesprochen.

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen:

Hier wird über Wirtschaft, Energie oder Dinge, die man zum Leben braucht gesprochen, zum Beispiel das Wasser oder die Luft.

Ausschuss für Wohnen, Raumordnung und Grundverkehr:

Hier geht es um das Wohnen und das Planen. Es geht um Fragen, wo etwas gebaut werden darf und wo nicht.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Klimaschutz:

Hier geht es um Dinge, die Einfluss auf unsere Umwelt haben.



Finanz-Ausschuss:

Hier entscheiden die Abgeordneten, wofür das Land Salzburg Geld ausgeben soll.

Finanz-Überwachungsausschuss:

Hier wird überprüft, ob das Geld vom Land sorgsam und richtig ausgegeben wird.

Petitionsausschuss:

Hier werden Wünsche der Bevölkerung besprochen.

Unvereinbarkeits-, Immunitäts- und Disziplinar-Ausschuss

Es geht um Meldungen, die die Abgeordneten nach dem Gesetz abgeben müssen. Es soll alles transparent sein. Das bedeutet: Es soll alles nachvollziehbar sein.

Im Immunitätsausschuss geht es um das Ersuchen von Behörden. Zum Beispiel von der Bundes-Polizeidirektion. Zum Beispiel um Zustimmung zu einer behördlichen Verfolgung von Abgeordneten.

Verfassungs- und Verwaltungsausschuss:

Hier werden Gesetze beschlossen.



Redaktion:

Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher (Text) und Dr. Richard Voithofer, Salzburger Landtag – Landtagsdirektion, Wissenschaftlicher Dienst. Teile des Textes wurden mit KI-Unterstützung erstellt.

Evelyn Feichtner-Tiefenbacher ist Germanistin und von <u>capito Graz</u> als Fachkraft für Leichte Sprache und Barrierefreiheit zertifiziert.

Informationen zu Leichter Sprache finden Sie auf der Homepage der Universität Hildesheim

Weitere Informationen über den Salzburger Landtag in Leichter Sprache